



DEHOGA Bayern

BHG-Hauptgeschäftsstelle · Türkenstraße 7 · 80333 München

Dr. Michael Fuchs, MdB  
Bahnhofstraße 27  
56068 Koblenz

Bayerischer Hotel- und  
Gaststättenverband  
DEHOGA Bayern e.V.

DER PRÄSIDENT

Hauptgeschäftsstelle  
Türkenstraße 7  
80333 München

Fon +49 89 28760-130  
Fax +49 89 28760-195  
u.brandl@dehoga-bayern.de  
www.dehoga-bayern.de

19. August 2011

**Artikel *Hilfen für Hotels und Autobauer sollen fallen* /  
erschienen im Münchner Merkur vom 19. August 2011**

– Offener Brief –

Sehr geehrter Herr Dr. Fuchs,

mit Erschütterung musste ich heute im Münchner Merkur lesen, dass Sie sich für das Fallen der „*Hilfen für Hotels*“ ausgesprochen haben sollen, ja schlimmer noch, die Reduzierung der Umsatzsteuer auf Beherbergungsdienstleistungen als „*großen Fehler*“ bezeichnen, da die Preise „*so gut wie nirgendwo gesenkt worden*“ seien.

Wenn derartige Äußerungen von Menschen aus parteipolitischen, populistischen Gründen gemacht werden, bei denen Berücksichtigung und Verständnis wirtschaftlicher Zusammenhänge eher im Hintergrund stehen bzw. schlichtweg nicht vorhanden sind, kann ich das ja gerade noch verstehen. Kaum glauben kann ich allerdings, dass solche Äußerungen von Ihnen als Mitglied des CDU-Vorstandes sowie als Wirtschaftsexperte ernsthaft getätigt worden sein können.

Und zwar fehlt mir deshalb der Glaube, weil...

1. ...Sie wissen müssten, dass die Maßnahme im Wachstumsbeschleunigungsgesetz verankert wurde und nicht im Preisreduzierungsverpflichtungsgesetz. Es waren Politiker Ihrer Koalition, die unseren Häusern den Charme der 70er Jahre zugeschrieben und längst fällige Investitionen in die Angebotsqualität angemahnt haben.

2. ...Sie wissen müssten, dass weltweit gesehen die Hotelzimmerpreise in Europa am niedrigsten sind und innerhalb Europas die Preise der deutschen Hotellerie im unteren Drittel liegen – und das bei den wohl mit Abstand höchsten Belastungen durch Steuern und Abgaben weltweit. Wir hatten nie ein Preisproblem, wer Hotelzimmerraten fair vergleicht, wird dies schnell feststellen.
3. ...Sie wissen müssten, dass es sich bei der Maßnahme mitnichten um *Hilfen* für Hotels gehandelt hat, sondern in einer internationalen Branche par excellence lediglich um die Herstellung längst überfälliger, fairer Wettbewerbsbedingungen, wie sie zum Teil seit Jahrzehnten in 24 von 27 EU-Staaten aus sehr gutem Grund gehandhabt werden.
4. ...Sie hätten bemerken müssen, dass durch die Branche der berühmte *Ruck* gegangen ist und allerorten in die Qualität der Häuser und seiner Mitarbeiter investiert worden ist. Die Branche hat Wort gehalten, was Investitionen angeht. Nicht umsonst attestieren uns zum Beispiel die österreichischen Kollegen, dass ihnen die Geschäfte wegbrechen, weil die Gäste in Deutschland mittlerweile vielfach das bedeutend bessere Preis-/Leistungsverhältnis vorfinden.
5. ...Sie hätten wissen müssen, dass es trotzdem Preisreduzierungen gegeben hat – laut Meldung Ihrer Regierung haben bereits im vergangenen Jahr rund ein Drittel aller Hoteliers die Preise um durchschnittlich 6,5 Prozent gesenkt.
6. ...Sie hätten wissen müssen, dass durch die Steuerrückflüsse auch der zweiten und dritten Wertschöpfungsstufe sich diese Maßnahme der Bundesregierung für den Staat bereits mehr als gerechnet hat. Sogar anerkannte Finanzpolitiker wie z.B. der bayerische Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, die die Reduzierung anfangs skeptisch sahen, haben dies zwischenzeitlich öffentlich bestätigt.
7. ...Sie hätten wissen müssen, dass explizit die Hotellerie gemessen an der Gesamtwirtschaft im vergangenen Jahr überproportional viele neue Stellen geschaffen hat. Stellen für Arbeitnehmer, für die der Staat sich dementsprechend sonst fällige Sozialleistungen sparen kann.
8. ...Sie hätten wissen müssen, dass wir unsere Mitarbeiter daran haben partizipieren lassen. So sind unsere Tarifabschlüsse so hoch ausgefallen, dass selbst die Gewerkschaft diese als Erfolg bezeichnet haben.
9. ...Sie hätten wissen müssen, dass Hotels nicht nur standorttreu sind, sondern in vielen strukturschwachen Regionen Deutschlands mit die letzten Arbeits- und Ausbildungsbetriebe vor Ort sind. In Regionen, aus denen sich die Industrie schon lange zurückgezogen hat, zugegeben: weit weg von Berlin.
10. ...und Sie als Wirtschaftsexperte vor allem wissen müssten, dass Äußerungen wie diese Gift für jedes weitere oder in Planung befindliche Investitionsvorhaben sind. Wissen müssten, was eine Rücknahme für auf dieser Basis

getätigte und finanzierte Investitionen bedeuten würde. Wer selbsterfüllende Prophezeiungen wünscht, braucht bloß derartige Äußerungen tätigen. Wenn die Regierung, zu der Gott sei Dank nicht nur die CDU gehört, ihre eigenen, aus Wahlversprechen resultierenden Entscheidungen ausnahmsweise einmal umsetzt und einzelne, von was auch immer getriebene Protagonisten, sie dann als „Fehler“ bezeichnen, darf sie sich anschließend nicht verwundert die Augen reiben, wenn sie dafür auch die entsprechende Quittung erhält.

Das, was in Kenntnis und Berücksichtigung der branchenspezifischen Wettbewerbssituation sachlich richtig und ökonomisch wichtig war, ist heute genauso wenig falsch wie vor eineinhalb Jahren, auch wenn einseitige Berichterstattungen in den Medien, die für sich den reduzierten Mehrwertsteuersatz ganz selbstverständlich beanspruchen und selbst Betroffene sind, anderes vermuten lassen. Noch zumal die Branche zwischenzeitlich anhand unzähliger Einzelinvestitionen belegen kann, dass das Erhoffte, nämlich dass investiert wurde, tatsächlich eingetreten ist.

Die Herstellung lediglich von Wettbewerbsgleichheit hinsichtlich des Mehrwertsteuersatzes auf Beherbergungsdienstleistungen ist nachweislich das beste Konjunkturpaket, das es je gab. Deshalb muss nicht nur der reduzierte Mehrwertsteuersatz für die Hotellerie unbedingt erhalten bleiben, sondern in der logischen Konsequenz diese Reduzierung auch in der Gastronomie erfolgen. Dies zumindest so lange, bis es der Regierung gelingt, zum einen auf europäischer Ebene eine einheitliche Mehrwertsteuer für das Gastgewerbe einzuführen sowie zum anderen im Inland die Diskriminierung hinsichtlich unterschiedlicher Mehrwertsteuersätze von gastronomischen Dienstleistungen gegenüber Bäckern, Metzgern sowie dem Lebensmittel Einzelhandel abzuschaffen. Gerade von einem Wirtschaftsexperten sollte man erwarten können, dass er diese belegbaren Fakten und Zusammenhänge versteht und berücksichtigt. Und nicht – bewusst oder unbewusst – diese unsägliche Wettbewerbsverzerrung einfach übersieht und dadurch die Frage heraufbeschwört für welche Wirtschaft er eigentlich Experte sei. Zumal selbst in Berlin zu erkennen sein sollte, dass niedrige Mehrwertsteuersätze von einzelnen Staaten der EU, wie z.B. Österreich, gezielt angewendet werden, um Vorteile für die heimische Tourismuswirtschaft zu generieren.

Vor dem Hintergrund der nicht infrage gestellten Milliardensubventionen für die Finanzwirtschaft sowie der offensichtlichen Ohnmacht gegenüber ethik- und ehrbefreiten Zockern und Finanzjongleuren hat die Forderung nach Rücknahme fairer Wettbewerbsbedingungen für unsere meist familiengeführte, mittelständische Branche etwas zutiefst Schäbiges.

Sehr geehrter Herr Dr. Fuchs, ich würde mir sehr wünschen, wenn Sie als sachkundiger, verantwortlicher Politiker, Wirtschaftsexperte und führendes CDU-Mitglied Ihre Kraft zugunsten aller Wirtschaftsbereiche, also auch der Gastro-Branche – und somit zum Wohl des ganzen Staates einsetzen würden.

Für den Fall, dass Ihnen im Dunstkreis der Hauptstadtpolitik tatsächlich der Überblick fehlt und Sie darin nicht mehr wahrnehmen, dass Hotellerie und Gastronomie nur zu einem kleinen Teil in Berlin – und das noch mit einer für das gesamte Land atypischen Konzentration internationaler Kettenbetriebe – stattfindet, lade ich Sie herzlich nach Bayern ein, um sich ein Bild von den bereits jetzt getätigten Investitionen zu machen. Über Wochen hinweg kann ich Ihnen ohne Probleme große und kleine Investitionen quer durch das ganze Land zeigen, für die die Reduzierung der Mehrwertsteuer der Auslöser war.

Voraussetzung dafür ist natürlich echtes Interesse und der Anspruch Wirtschaftsexperte für die gesamte Wirtschaft zu sein.

Mit freundlichen Grüßen



Ulrich N. Brandl  
Präsident

Anlage: Artikel *Hilfen für Hotels und Autobauer sollen fallen*,  
erschieden im Münchner Merkur vom 19. August 2011

# Hilfen für Hotels und Autobauer sollen fallen

Unions-Fraktionsvize Fuchs fordert Ende – Wirtschaftspolitiker will auch an die Subventionen für die Autoindustrie ran

VON STEFAN LANGE  
UND KERSTIN MÜNSTERMANN

Berlin – Der Steuersatz ging runter, die Hotelpreise bleiben stabil: Die seit 2010 geltende Mehrwertsteuer senkung für Übernachtungen sollte nach Meinung von Unions-Fraktionsvize Michael Fuchs wieder abgeschafft werden. „Das war ein großer Fehler dieser Koalition“, sagte das CDU-Vorstandsmitglied in Berlin. Die erhofften Preissenkungen habe es kaum gegeben. Fuchs sprach sich auch für die Kürzung anderer Subventionen aus und plädierte erneut für Steuer senkungen im Jahr 2013.

Steuererleichterungen dürfe es nicht auf Pump geben,

sondern müssten gegenfinanziert sein, sagte Fuchs. Dies könne etwa durch Subventionskürzungen geschehen. „Es gibt genügend Subventionsbereiche in Deutschland, an die man herangehen kann“, sagte Fuchs mit Blick auf die vor allem von FDP und CSU betriebene und heftig kritisierte Mehrwertsteuersenkung für Hoteliers von 19 Prozent auf den ermäßigten Satz von sieben Prozent.

„Die Preise sind so gut wie nirgendwo gesenkt worden, das müssen wir wieder rückgängig machen und können sofort etwa eine Milliarde Euro einsparen“, sagte Fuchs. „Ich halte es auch für falsch, die Autoindustrie wei ter zu subventionieren“, sagte



**Michael Fuchs**  
ist Wirtschafts-Experte  
der Unions-Fraktion

Fuchs weiter. Ein Beispiel sei der Bereich Elektromobilität, wo eine Milliarde Euro an Zuschüssen geplant sei. „Das muss nicht sein, die Autoindustrie, man hat es an den Quartalszahlen gesehen, verdient bestens“, kritisierte der Wirtschaftspolitiker. For-

sung sei „die originärste Aufgabe der Autoindustrie,

und die muss nicht noch extra subventioniert werden“. Die Autoindustrie habe in den vergangenen Jahren rund sieben Milliarden an Subventionen bekommen.

„Mir kann auch kein Mensch erklären, warum der Haushalt von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen, bei aller Werterschätzung, in dieser Größenordnung bestehen bleiben muss, wenn sich die Arbeitslosenzahl in den letzten sechs Jahren annähernd halbiert hat“, nannte Fuchs ein weiteres Einsparziel. Bei den derzeit 88 Arbeitsmarktprogrammen müsse eine Einsparung möglich sein.

„Im Übrigen erreichen wir bei den Steuereinnahmen in diesem Jahr ein Allzeithoch“,

rechnete Fuchs vor und nannte eine Summe zwischen 565 und 570 Milliarden Euro. „Auch da muss es dann möglich sein, denjenigen, die dieses erwirtschaftet haben, wieder etwas zurückzugeben.“

Die Politik habe sich viel zu lange mit denen beschäftigt, „die nichts erwirtschaftet haben“, sagte Fuchs.

Er sei gegen jede Steuererhöhung und plädiere dafür, Steuersenkungen aus dem Haushalt gegenzufinanzieren, betonte der CDU-Abgeordnete. Es müsse doch möglich sein, in jedem Ministerium drei Prozent Kürzungen vorzunehmen. Steuersenkungen werde es vielleicht nicht 2012 geben, „aber 2013. Dann kann man so ein Paket schmüren.“